# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Inseratenpreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

**Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.**

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

**Nr. 286** | **Donnerstag den 8. Dezember 1921.** | **80. Jahrgang.**


## Amtlicher Teil.

**Weihnachtsfeier des städt. Kinderhorts**

**Sonntag den 11. Dezember 1921 nachmittags 4 Uhr** im Saale des **Goldenen Löwen** in Wilsdruff. Alle Freunde und Gönner aus Stadt und Land sind herzlich eingeladen. Eintritt 2 Mk., für Kinder 1 Mk. ausschließlich Steuer. Vorverkauf Sonnabend den 10. Dezember während der Kassenstunden in der Stadtkasse.

Wilsdruff, am 6. Dezember 1921. 1022 **Der Stadtrat.**

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung hat bei einem englischen Bankunternehmen angefragt, ob dieses einen Kredit von 25 Millionen Pfund geben könne.

* Der deutsche Fernsprechbetrieb mit Wien ist infolge eines dort ausgebrochenen Streiks unterbrochen.

* In der irischen Frage ist ein Übereinkommen zwischen dem britischen Ministerium und den Irenführern erzielt worden, das den Friedensschluß in nahe Aussicht stellt.

* Der englische Schatzkanzler Horne erklärte, der Zusammenbruch Deutschlands würde eine Katastrophe für ganz Europa bedeuten. Er stellte ferner einige Bedingungen für ein Moratorium auf.

* Die letzten nach Helsingfors gelangten Nachrichten aus Rußland besagen, daß der bolschewistische Generalstab einen großen Feldzug plant, um die Erhebung in Ostkarelien niederzuschlagen. In Karelien sind bereits bolschewistische Truppenverstärkungen eingetroffen.

* Aus Newyork wird gemeldet, Japan habe bei einer Sitzung zwischen den japanischen und den chinesischen Delegierten den Vorschlag angenommen, auf seine Vorzugsrechte in Schantung zu verzichten.

* Australien will die Sperre gegen deutsche Einfuhrwaren aufheben, zugleich aber ein Gesetz gegen die Unterbietung der eigenen Industrie einführen.

## Manöver.

Aus der Flut der Nachrichten, die tagtäglich aus den Mittelpunkten der Weltpolitik zu uns herüberströmen, aus allen den Meldungen, die aus Washington, London und Paris immer über neue Wendungen und Situationen zu berichten wissen, gewinnt man eigentlich den Eindruck, daß man vor einer Überfülle des politischen Geschehens steht, und doch, wenn man sich am Schluß nach dem Ergebnis fragt, so sieht man immer wieder, daß eigentlich nichts geschehen ist, jedenfalls nichts, was auf die so schwer verfahrene allgemeine Lage wirklich nachhaltig bessernd einwirken könnte. Man betreibt bei den Alliierten und ihren Freunden gegenwärtig eine Unzahl politischer Geschäfte, aber letzten Endes erscheinen sie alle nur wie Vorspiele zu der einen großen notwendigen Aufgabe einer Revision des Versailler Friedensvertrages und der nachfolgenden Diktate der Entente gegen Deutschland. Die Ansichten darüber, wie weit man die Versailler Abmachungen aufrecht erhalten kann, gehen heute auch bei den „Siegerstaaten" stark auseinander. Nun kann man zwar offensichtlich nicht ohne weiteres von den damaligen Beschlüssen zurücktreten, aber alles, was man besonders in letzter Zeit an anscheinend großen umfassenden Aktionen in Szene gesetzt hat, mutet doch im wesentlichen alles nur wie Übergangsmanöver zu einer Revision des Versailler Vertrages an.

Dieser Standpunkt wird von einzelnen Stimmen, besonders im amerikanischen Lager, jetzt auch offen zugegeben. Der Verlauf der Washingtoner Konferenz hat im wesentlichen dazu geführt, daß man auf die politisch-militärischen Abmachungen alsbald neue wirtschaftliche Verhandlungen folgen lassen will, in denen die eigentlichen Kernfragen, an denen auch den Amerikanern am meisten gelegen ist, erst zur Sprache kommen sollen. Allerdings hat Amerika Zeit. Man wünscht dort durchaus, das einmal aufgestellte Programm auch ordnungsgemäß durchzuführen, die Abrüstungsfragen, die U-Boot-Frage und die Frage des Fernen Ostens erst erschöpfend zu behandeln, und dann erst weitere Pläne in Angriff zu nehmen. Wenn aber jetzt unumwunden berichtet wird, Amerika sei der Ansicht, daß in den Fragen der deutschen Reparation und der internationalen Schulden „bald etwas geschehen müsse", so ist das ein Zeichen dafür, daß man die einzig richtigen Mittel zum Zweck allmählich erkennt. Für die Amerikaner ist die Festlegung der Wechselkurse ein fast ebenso wichtiges Problem wie für die notleidenden Staaten Mitteleuropas, denn die amerikanische Wirtschaft erstickt in einer Überfülle des Goldes, ebenso wie den Deutschen und den Österreichern in der allzu dünnen Luft der wertlosen Papiermassen der wirtschaftliche Atem auszugehen droht. Die Amerikaner aber haben ganz richtig erkannt, daß dieses für sie maßgebende Problem der Wechselkurse keine allzu großen Schwierigkeiten mehr bereiten würde, wenn erst einmal der Zahlungsplan der deutschen Reparationsverpflichtungen revidiert wäre.

Inzwischen wird in Washington der noch etwas geheimnisvolle Plan eines Vier- oder sogar Fünfmächtebundes behandelt, der an Stelle des englisch-japanischen Bündnisses mit seiner ständig drohenden Spitze gegen Amerika treten soll. Das ist zwar eine neue Etappe auf dem Wege der immer noch etwas fragwürdigen internationalen Verständigung, aber es ist bei weitem nicht die Hauptsache. Man erkennt auch aus dem Programm, welches sich der soeben wieder zusammengetretene amerikanische Kongreß für seine Arbeiten gestellt hat, daß der Hauptton auf einer ganz anderen Stelle liegt. Der Arbeitsplan wird nämlich außer einer Revision des Zolltarifs wiederum die Frage der alliierten Schulden umfassen. Und auch dafür ist wieder die Revision des Reparationsplanes die Vorbedingung. Man kann also die internationalen Fragen von jeder beliebigen Ecke aus betrachten, man wird immer zu dem Ergebnis kommen, daß für einen wirklichen Fortschritt nirgends etwas geschehen ist, so lange nicht die Reparationsfrage in ein neues Fahrwasser gelenkt ist. Der Widerstand dagegen liegt fast nur noch bei den Franzosen, die Garantien über Garantien haben wollen, ehe sie sich zu irgend einer Verständigung herbeilassen. Trotzdem nimmt man jetzt an, daß bereits Verhandlungen zwischen London und Paris im Gange sind, nachdem die Londoner Kreditverhandlungen mit Deutschland in ein offizielles Stadium getreten sind. Was dabei herauskommen wird, läßt sich naturgemäß noch nicht überblicken, da die Franzosen nach wie vor Schwierigkeiten bereiten. Was geschehen wird, weiß noch niemand, aber man könnte es immerhin als ein Anzeichen künftiger Besserung ansehen, wenn wenigstens auf dem Wege der internationalen Verhandlungen bei allen Staaten ohne Ausnahme die Erkenntnis durchdringen wollte, daß in der Frage der Revision der deutschen Zahlungsverpflichtungen überhaupt und zwar bald „etwas geschehen muß".

## Anleiheversuch in England.

Deutschland wünscht 25 Millionen Pfund Kredit

Der Reichskanzler hatte dieser Tage öffentlich mitgeteilt, daß die Kreditaktion durch einen „offiziellen Schritt" der deutschen Regierung in ein neues Stadium getreten ist. Dieser Schritt besteht, wie jetzt bekannt wird, darin, daß die Regierung sich an ein führendes englisches Bankunternehmen gewandt hat mit der Frage, ob es bereit sei, Deutschland einen Kredit von 25 Millionen Pfund Sterling zu bewilligen.

Damit ist die Kreditaktion in den Mittelpunkt der politischen Arbeit gerückt. Der Reichskanzler hat bereits neue Besprechungen mit den Koalitionsführern über diese Frage abgehalten, wobei auch die Dringlichkeit der Steuerprobleme betont wurde. Dagegen wird der Reichstag, der ursprünglich am 7. Dezember hätte zusammentreten sollen, seine nächste Sitzung voraussichtlich erst am 13. Dezember abhalten. Für den 14. Dezember ist der Auswärtige Ausschuß des Reichstages einberufen. Dr. Rathenau, der noch in London weilt, ha seine Heimreise verschoben, um erst noch weitere Beschlüsse der englischen Finanzkommission abzuwarten.

### Der englische Schatzkanzler Horne

hat in einer grundsätzlich wichtigen Rede ebenfalls das Kredit- und Reparationsproblem besprochen und dabei über den Standpunkt der englischen Regierung gesagt, daß diese keinesfalls ohne vorheriges Einvernehmen mit ihren Verbündeten irgendwelche Schritte unternehmen wolle. Wenn Deutschland jetzt erkläre, daß es zum Januar und Februar die fälligen Summen nicht bezahlen könne, so sei das eine Aufgabe, die alle Alliierten gemeinsam erörtern müßten. Der Zusammenbruch Deutschlands, sollte er unglücklicherweise durch irgend eine Aktion von seiten der Alliierten herbeigeführt werden, wäre ein Unglück für die Welt.

### Die Katastrophe in Europa

würde unberechenbar sein. Wenn jedoch Zugeständnisse gemacht werden sollen, so müßte man zunächst eine Bedingung in Betracht ziehen. Deutschland leiste z. B. regierungsseitig Beihilfe für den Brotpreis. Dies führe zu einem Fehlbetrag in den Staatseinkünften. Auch in anderer Hinsicht subventioniere Deutschland den Unternehmer. Die Eisenbahnen würden vom Staat mit Verlust betrieben. Zum Schlusse erklärte Horne, wenn die Entente auf ihre Ansprüche für eine gewisse Zeit verzichte, was er nicht für wahrscheinlich halte, so müsse Deutschland die erwähnten Beihilfen aufgeben und die Ausgabe von Papiergeld einstellen. Sachleistungen kämen für England nicht in gleicher Weise wie für Frankreich in Frage, weil sie dort mit dem Wie[illegible]au zusammenhängen.

## Englisch-irisches Übereinkommen?

Friedensschluß in Aussicht.

Lloyd George, der Vielgewandte, scheint nun doch auch auf dem so unendlich gefahrvollen Gebiet der irischen Republik vor Erfolgen zu stehen.

Amtlich wird aus London gemeldet, in der irischen Frage sei ein Übereinkommen erzielt. Das britische Kabinett beriet eine ganze Nacht lang und noch bis zum anderen Mittag über die Irenfrage. Die Iren haben sich bereiterklärt, ihrem eigenen Parlament und dem Britischen Reich den Treueid zu leisten, aber nicht der Person des Königs. Es soll aber jedes Regierungsmitglied der Irischen Republik das Recht haben, den König als Oberhaupt des Reiches anzuerkennen. Das Ministerium soll bereit sein, diese Bedingungen anzuerkennen.

Es wurde eine Erklärung herausgegeben, daß das Übereinkommen dem Parlament zur Erörterung unterbreitet werde. Eine Abschrift der Verständigungsniederschrift ging sofort nach Irland. Was noch nicht vorzuliegen scheint, ist die Beistimmung der Ulsterleute, d. h. der Bewohner der protestantischen Gebiete Irlands. Wird auch diese erzielt, so nimmt man an, daß Lloyd George alsbald nach Washington abreisen wird.

## Vorbedingungen für Streiks.

Die Ansicht der Gewerkschaften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat ein Rundschreiben an die Ortsvorstände der Gewerkschaften versandt, worin er gegen wilde Streiks und Putsche energisch Stellung nimmt. Er weist darauf hin, daß die Arbeitsniederlegung

**nur als letztes und äußerstes Mittel**

nach Erschöpfung aller Möglichkeiten, auf friedlichem Wege durch unmittelbare Verhandlungen oder durch Anrufung von Schlichtungsstellen das Ziel zu erreichen, angewendet werden darf. Die Gewerkschaftsmitglieder werden auf die Verpflichtung hingewiesen, ehe sie mit gemeinsamen Forderungen an den Unternehmer oder an die Unternehmerorganisationen herantreten, sich mit den Orts- und Bezirksverwaltungen zu beraten, und Forderungen erst dann an die Arbeitgeber einzureichen, wenn sie die Zustimmung der zuständigen Zentralverbände gefunden haben. Eine Arbeitsniederlegung darf weiter nur dann erfolgen, wenn in geheimer Abstimmung mindestens dreiviertel der Mitglieder für den Streik stimmen. Wilde Streiks dürfen von keiner Gewerkschaft unterstützt werden, auch nicht durch Sammlungen oder aus Lokalkassen. Für die gewerkschaftlich disziplinierten Arbeitnehmer besteht im Falle eines wilden Streiks die Verpflichtung, getreu der Organisationsparole die Arbeit nicht niederzulegen bzw. dieselbe sofort wieder aufzunehmen.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

**Beginn der oberschlesischen Verhandlungen.**

Die für die direkten Verhandlungen mit Polen bestimmte deutsche Delegation und die Unterkommissionen für die Wirtschaftsverhandlungen haben sich nach Oberschlesien an die Verhandlungsorte begeben. Staatssekretär Lewald führt die besonders wichtige 11. Unterkommission über die Fragen des Minderheitenschutzes. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf Albert Thomas hat die Schaffung einer Vorinstanz zur sog. gemischten Kommission vorgeschlagen, die Arbeitsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Abtretung eines Teiles Oberschlesiens an Polen schlichten soll.

**Ein Kompromiß über die Vermögenssteuer?**

Der Entwurf zum Vermögenssteuergesetz bestimmt u. a., daß die Grundstücke nicht nach dem Nutzungswert, sondern nach dem gemeinen Wert eingeschätzt und zur Steuer herangezogen werden sollen. Über diesen Punkt sind scharfe Meinungsverschiedenheiten zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten entstanden. Wie verlautet, ist man jetzt auf bürgerlicher Seite bemüht, ein Kompromiß zu schaffen, indem man den etwas unklaren Begriff des gemeinen Wertes durch den Begriff des Produktivwertes ersetzt und diesem eine Fassung gibt, die eine weitgehende, aber gerechte Heranziehung des Besitzes ermöglicht.

**Die Notlage der Presse.**

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei hat eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß bei der Beratung der zu verabschiedenden Reichssteuervorlagen und durch andere geeignete Maßnahmen der Notlage der deutschen Presse Rechnung getragen werde. Die Fraktion möge in dieser Richtung unverzüglich die erforderlichen Schritte unternehmen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF